

Beschluss Mitgliederversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stadtverband Hannover vom 26.11.2019

**Gilde Brauerei:
Solidarität mit den Beschäftigten – Appell an die Geschäftsführung**

Die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stadtverband Hannover, erklärt sich mit den Beschäftigten der Gilde Brauerei solidarisch und zeigt sich an ihrer Seite. Gute Arbeit in einem traditionsreichen Unternehmen muss auch gut bezahlt werden und darf nicht zu prekären Arbeitsbedingungen führen. An Produktivitätssteigerungen, die von Beschäftigten eingefahren wurden, müssen sie auch durch tarifvertragliche Lohnsteigerungen teilhaben. Mit Unverständnis haben wir zur Kenntnis genommen, dass bereits frühzeitig von der Geschäftsführung die Verhandlungen als gescheitert erklärt wurden, ohne dass es überhaupt zu Verhandlungen kam. Auch die geplante Zerschlagung dieses traditionsreichen Unternehmens in vier Gesellschaften ohne Tarifvertrag gemäß § 3 Betriebsverfassungsgesetz zeigt keine sozialpartnerschaftliche Bereitschaft.

Eine der Grundlagen unserer Sozialstaatsorganisation ist es, die Arbeitsbedingungen über Tarifverträge zu regeln. Wir sind schockiert, dass inzwischen auch bei der Gilde Brauerei, in diesem hannoverschem Traditionsbetrieb, eine derartige Zweiteilung der Belegschaft eingetreten ist.

Sozialpartnerschaft ist kein Begriff für Sonntagsreden, es ist ein Erfolgsmodell und eine Errungenschaft, die Betriebe erfolgreich macht.

An die Geschäftsführung appellieren wir daher, wie unten Demokrat*innen üblich, endlich zu einem Dialog mit den Beschäftigten und der Gewerkschaft NGG im Sinne einer Sozialpartnerschaft mit Tarifvertrag, betrieblicher Mitbestimmung und ohne Zergliederung zurückzufinden.

Demokratie darf nicht vor dem Werkstor enden!

Hintergrund und Begründung:

Die Gilde Brauerei in Hannovers Südstadt ist das älteste und traditionsreichste Unternehmen Hannovers mit einer Tarifbindung seit 1950. Arbeitsbedingungen wurden mit gewerkschaftlichen Interessenvertretungen vereinbart. Kraft Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband fanden die Branchen-Tarifverträge der niedersächsischen Brauereien auf die Gilde Brauerei Anwendung.

Mit dem Verkauf der Gilde Brauerei von AB InBev an die TCB Beteiligungsgesellschaft zum 01.01.2016 änderte sich die Situation grundlegend. Die Geschäftsführer Karsten Uhlmann und Mike Gärtner sind mit keinem ihrer drei deutschen Braubetriebe (Frankfurter Brauhaus und Dresdner Feldschlösschen) tarifgebundenes Mitglied eines Arbeitgeberverbandes. Gleichwohl hat die Gilde seit 2016 ihre Produktion auf das 3fache gesteigert, bei inzwischen doppelter Belegschaft von 136 Kolleg*innen, eine Produktivitätssteigerung, die klar auf die Kolleg*innen zurückzuführen ist. Für nach 2016 eingestellte Kolleg*innen ergeben sich aufs Jahr Lohneinbußen bis zu 15.000 € brutto bei gleicher Arbeit gegenüber den anderen Kolleg*innen.

Die Bemühungen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) ab Sommer 2019 einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeber abzuschließen, um diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen, hat sich der Arbeitgeber nicht gestellt und Verhandlungen verweigert. Angekündigt wurde stattdessen, den überschaubaren Betrieb in vier Gesellschaften aufzugliedern – man könnte auch sagen „zu zerschlagen“. 92 von 136 Beschäftigte wären hiervon direkt betroffen. Die NGG hat nun ferner einen Tarifvertrag angemahnt, mit dem die Interessen der Beschäftigten bei einem einheitlichen Gesamtbetriebsrat bleiben würden und nicht bei vieren. Auch diese Verhandlungen wurden arbeitgeberseitig verweigert. Dass sich die Geschäftsführung nicht einmal bei Betriebsversammlungen sehen lässt, rundet das Bild leider ab und zeigt eine fehlende Bereitschaft zur Sozialpartnerschaft.

Die Beschäftigten der Gilde Brauerei befinden sich inzwischen im 7. Warnstreik. Am 11.11. erfuhren die Beschäftigten die Solidarität von GewerkschaftsGrün Niedersachsen-Bremen, am 20.11. erklärten die grüne MdL Eva Viehoff und MdB Sven-Christian Kindler ihre Unterstützung bei deren Protestaktion vor dem Niedersächsischen Landtag. Eine Urabstimmung am 25.11. erbrachte eine 94%ige Zustimmung zum Streik.